Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Die Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 20. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend den 23 Januar 1926

Von hüben und von drüben.

Wir schätzen, sagen die Weisen des Morgen- wie des Abendlandes, die Güter, nach denen unser Herz schlägt, nur solange wir sie nicht besitzen. Sind sie erst errungen, dann wenden sich unsere Sehnsüchte sehr bald wieder anderen Gegenständen zu.

Gilt diese Erfahrung des Lebens auch für die neue Reichsregierung, nach der wir Wochen und Monate förmlich geschrien haben und die nun endlich, nach unsäglichen Geburtswehen, das Licht des Tages erblickt hat? Sind wir nicht im Grunde genommen alle doch mehr oder weniger der Überzeugung, daß auch die klügste, die wohlmeinendste, die fleißigste und die beste Regierung von der Welt in dem Elend, das über uns gekommen ist, nicht viel ausrichten, sondern sich höchstens bemühen könnte, es nicht noch schlimmer werden zu lassen? Haben wir nicht eigentlich nur um deswillen das zweite Luther-Kabinett so schmerzlich vermißt, weil wir eine Adresse brauchten, an die wir unsere Vorwürfe und Beschuldigungen, unsere Fragen und Forderungen richten konten, an denen heutzutage selbst in sonst durchaus regierungstreuen Lagern kein Mangel ist?

*

Nun, Herr Luther hat heute wieder sein Kollegium beisammen und wird der Welt und dem deutschen Volk in der kommenden Woche das Programm verraten, mit dem er nach endlich überstandener Krisis es in diesem Jahr versuchen will. Sehr viel Ermunterung kann er aus dem Erfolg seiner ersten Kabinettsarbeit für die Zukunft eigentlich nicht entnehmen. Er hat sich, das müssen ihm selbst seine Feinde lassen, die redlichste Mühe gegeben, hat eine Riesenarbeit bewältigt, er kann auf gelöste Probleme hinweisen, an denen sich seine Vorgänger jahrelang die Zähne ausgebissen haben. Er wird aber selber nicht behaupten wollen, damit sonderlich viel Dank und Anerkennung geerntet zu haben. Und man kann ja auch wirklich nicht sagen, daß sich unsere Lage, wenn man auf den Anfang der Reichskanzlerschaft Dr. Luthers zurückblickt, irgendwie wesentlich seitdem gebessert hätte. Vielleicht, daß die Räumung der Kölner Zone erreicht wurde, läßt sich allenfalls als ein Aktivum hinstellen. Dafür ist, um nur eines zu nennen, plötzlich die Frage der Vermögensauseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern zu allem sonstigen Streit, der uns schon gar nicht mehr zur Ruhe kommen läßt, auf die Tagesordnung gesetzt worden. Hier möchten die Mittelparteien gern einen Ausweg finden, der eine anständige Lösung der Interessen- und Meinungsgegensätze ohne Rechts- und Verfassungsverletzungen ermöglicht. Aber die Agitation, die sich bei den Radikalen dieses Stoffes bemächtigt, will sich nicht mehr so leicht zufrieden geben. Schon taucht hinter der Forderung, die Frage durch einen Volksentscheid ein- für allemal aus der Welt zu schaffen, die weitere nach sofortiger Auflösung des Reichstages auf. Wir könnten also in diesem Winter, in dem ja der träge Gang der Geschäfte den Wählern so viel Zeit für überflüssige Dinge läßt, gleich zweimal hintereinander zur Wahlurne gehen.

*

Kann man da, im Hinblick auf unsere Lage, anders als mit Neid nach der Neuen Welt hinüberblicken, von wo jetzt das Geld in täglich wachsenden Strömen in unsere Banken und Fabriken, in unsere Städte und Länder eindringt? Drüben gibt es keine Probleme, die dazu nötigen, in jahrhundertealten Akten herumzuwühlen. Ja, nicht nur das, selbst die allerneuesten Klassengegensätze, von denen die europäischen Völker zerklüftet sind, kennt man drüben allenfalls dem Namen nach, ohne daß sie aber dem öffentlichen Leben, dem ungestümen Drängen aller Klassen und Stände nach vorwärts, nach Mehrung des Reichtums und der Produktion auch nur den mindesten Eintrag tun. Der deutsche Reichstagspräsident, Herr Löbe, ein Mann also, der seiner ganzen sozialen Herkunft nach gewiß ein scharfes Auge für Klassengegensätze und ähnliche Dinge hat, weiß von diesen in den Berichten, die er jetzt nach seiner Rückkehr von drüben in Deutschland erstattet, kein Sterbenswörtchen zu sagen. Man hört von ihm z. B., daß auf jede Seele, die es dort gibt, jedes Jahr nicht weniger als sechs Paar Stiefel produziert werden; oder daß in einem Hotel, das „nur" über 450 Zimmer verfügt, täglich 22 000 Stück Wäsche verbraucht werden; oder daß der berühmte Herr Ford im Handumdrehen seine Tagesherstellung an Automobilen von 7500 auf 9000 Stück erhöht hat, um nur ja nicht hinter der ungeheuren Nachfrage des Landes zurückzubleiben. Herr Löbe, nach den Sozialisten und Kommunisten drüben befragt, muß feststellen, daß von diesen drüben so gut wie gar nichts zu merken ist. Wohl aber erzählt er davon, wie die Aktien großer Geschäfts- und Industrieunternehmungen zu Tausenden und Zehntausenden in die Hände des Mittelstandes und der sogenannten kleinen Leute übergehen und diese dadurch zu Mitbesitzern nicht nur, sondern zu Mitinteressenten an dem Gedeihen der Unternehmen machen. Eine Solidarität also zwischen Kapital und Arbeit und Konsum, die uns armen Europäern, solange sich schon die besten unter uns die Köpfe über diese Lebensfragen in jeder modernen Kulturgemeinschaft zerbrochen haben, nicht gelungen ist und nicht gelingen will. Herr Löbe weiß keinen anderen Grund für diesen fundamentalen Unterschied zwischen hüben und drüben anzugeben als das Vorwalten des Gemeingeistes, das in der Neuen Welt neben dem stärksten Ausgreifen des persönlichen Eigennutzes doch überall siegreich einherschreitet. Wie schön wäre es, wenn wir, neben Dollar und verbesserten Maschinen und Fabrikationsmethoden, auch ein klein wenig von diesem Gemeingeist über den Großen Teich zu uns herein importieren könnten!

Dr. Sy.

Enttäuschung im besetzten Gebiet.

Ungenügende Rückwirkungen.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete nahm den Bericht des Auswärtigen Amts über die Rückwirkungen des Vertrages von Locarno entgegen. Der Kommissar für die besetzten Gebiete, Schmid, behandelte die Fragen. Zunächst führte Schmid die im besetzten Gebiet von der Entente gewährten Erleichterungen auf. Nächste Aufgaben seien: Beseitigung der Separatistenschutzverordnung, die Umgestaltung der Militärjustiz und die Regelung der Ordonnanzen. An der Räumung der Kölner Zone Anfang Februar sei nicht zu zweifeln. Die zweite und dritte Zone seien vor Locarno mit 86 000 Mann belegt gewesen. Jetzt betrage die Gesamtstärke rund 81 500 Mann. **Eine solche geringe Verminderung entspräche nicht der Zusage der Botschafterkonferenz. Diese Versprechung sei ebensowenig erfüllt worden wie jene, die sich auf die Verminderung der Garnisonorte bezogen hätte.**

Der Zentrumsabgeordnete v. Guérard sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kreisdelegierten vielfach nicht verschwunden seien. Die französischen Gendarmen müßten abgebaut werden. Neue französische kommandierende Generale zögen in Koblenz ein. In vielerlei Orten seien nur Erschwerungen, aber keine Erleichterungen erfolgt. Der deutschnationale Abgeordnete Wallraf hebt die Enttäuschung im besetzten Gebiet hervor. Der Demokrat Dr. Naschig weist auf ein Wiederaufflackern der separatistischen Bewegung in der Pfalz hin.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes führte aus, die deutsche Regierung habe der französischen erklärt, daß sie unter „normaler" Stärke die deutsche Vorkriegsstärke der Truppenbelegung des betreffenden Gebiets verstehe. Die französische Regierung habe diesen Standpunkt anerkannt.

Angenommen wurde schließlich ein volksparteilicher Antrag, die Regierung solle mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß die Besetzung des Rheinlandes und die Abtrennung des Saargebietes vor Ablauf der Fristen beseitigt würden. Bis dahin sei die Stärke der Besatzungstruppen auf deutsche Vorkriegstruppenstärke herabzusetzen und die Anzahl der besetzten Orte zu vermindern.

Bei der Besprechung über die nächste Räumung und die Mehranforderung von Wohnungen äußert sich Generalkommissar Schmid dahin, daß in solchen Fällen die Reichsregierung ihre frühere Fürsorgeaktion fortsetzen und Baudarlehen geben werde. Der Abgeordnete Jörissen von der Wirtschaftlichen Vereinigung vertritt den Standpunkt, daß Deutschland nicht früher in den Völkerbund eintreten dürfe, bis nicht die verbindlichen Erklärungen über die Milderung des Besatzungsdruckes erfüllt seien.

*

Die Forderungen der Deutschnationalen.

Der angekündigte, von der deutschnationalen Reichstagsfraktion im Reichstag mittlerweile eingebrachte Antrag verlangt:

Das Aufnahmegesuch Deutschlands ist nicht zu stellen, bevor nicht die Auslegungen der deutschen Regierung (kein Verzicht auf deutsches Land und Volk, freies Kündigungsrecht, volle Neutralität und Handlungfreiheit Deutschlands gegenüber Artikel 16 und 17 des Völkerbundstatuts) vom Völkerbund und den anderen Vertragsstaaten authentisch anerkannt, die Beschränkungen der deutschen Luftfahrt und der Investigationsbeschlüsse aufgehoben worden sind und jede einseitige Militärkontrolle gegenüber Deutschland ausgeschlossen ist, auch die vorbereitende Abrüstungskonferenz stattgefunden und ein Ergebnis gezeitigt hat, durch welches die völlige Gleichberechtigung der Völker in Rüstungsfragen tatsächlich gewährleistet ist. Weiter werden verlangt amtlicher Widerruf des Deutschland im Versailler Vertrage abgepreßten Schuldbekenntnisses, das Recht Deutschlands auf seine Kolonien und der Schutz der deutschen Minderheiten in allen Staaten. Für die besetzten Gebiete die in Aussicht gestellten und unerläßlichen Voraussetzungen und Rückwirkungen.

Dem Vernehmen nach will Dr. Stresemann bei einer Beantwortung einer volksparteilichen Interpellation über die Besatzungsstärke im Reichstage eine ausführliche Rede halten.

*

Erörterungen zwischen den Kabinetten.

Deutschlands Vorstellungen, die in London, Paris und Brüssel wegen der Besatzungsstärke in der zweiten und dritten Rheinlandzone erhoben worden sind, haben nach Meldungen zu einer Erörterung zwischen den beteiligten Kabinetten geführt. Man soll anerkennen, daß der Abbau der Besatzung in der Richtung liegt, die für die europäische Politik maßgebend sein muß. Gleichzeitig wird aber von Politikern und Militärs übereinstimmend bestritten, daß Deutschland die Zusage erhalten habe, daß die Besatzung auf die Stärke zurückgeführt werde, die der deutschen Truppenzahl im Rheinland vor dem Kriege entsprechen würde.

Der nächste größere Schritt auf diesem Gebiete sei erst nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und als Begleiterscheinung der Durchführung eines großen Abrüstungsprogramms wahrscheinlich.

Vor ernsten Ereignissen in China.

London, 22. Januar. Der Erlaß Tschangtselins, einen russischen Direktor der chinesischen Ostbahn verhaften zu lassen, wird von den englischen Zeitungen als Vorbote ernster Ereignisse angesehen, da man annimmt, daß Rußland gegebenenfalls dazu gezwungen sein könnte, von seinen Truppen Gebrauch zu machen, um seine Ansprüche durchzusetzen.

„Daily Expreß" berichtete bereits von der Möglichkeit eines russisch-chinesischen Krieges.

Nach einer Meldung aus Tokio hat der dortige Sowjetbotschafter Kopp erklärt, daß die Rote Armee in die Mandschurei einrücken werde, falls der Zwischenfall nicht sofort beigelegt würde.

*

Moskau, 22. Januar. Der Kommandant der 5. Roten Armee, Ubarevitz, hat den Befehl erhalten, sofort russische Truppen an der chinesischen Grenze zu konzentrieren. Der Eisenbahnverkehr zwischen Sibirien und China ist für die nächste Zeit gesperrt. In Tschita wurde eine große Anzahl von chinesischen Kaufleuten verhaftet.

Ministerempfang bei Hindenburg.

Kabinettssitzung Montag.

Im Laufe des Freitag empfing Reichspräsident von Hindenburg die neu in das Kabinett eintretenden Minister, und zwar den Reichsminister des Innern, Dr. Külz, den Reichsminister der Finanzen, Dr. Reinhold, und weiter den Reichsjustizminister Marx. Der Reichspräsident dankte den Herren dafür, daß sie persönlich mit dazu beigetragen haben, die Bildung eines regierungsfähigen Reichskabinetts zu ermöglichen. Weiter wurde empfangen Reichskanzler Dr. Luther. Bei dieser Gelegenheit wurden die endgültigen Festsetzungen über die Besetzung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft getroffen.

Haslinde Ernährungs- und Landwirtschaftsminister.

Dr. Luther schlug für dieses Amt den jetzigen Regierungspräsidenten in Münster, Dr. Haslinde, vor. Regierungspräsident Haslinde steht politisch dem Zentrum nahe. Dr. Luther hat sich mit dem Vorstand der Zentrumsfraktion in Verbindung gesetzt und hierbei das Einverständnis des Zentrums mit dieser Regelung gefunden. Die entscheidende Kabinettssitzung, in der zur Kanzlererklärung Stellung genommen wird, dürfte, wie verlautet, für Montag einberufen werden.

Die Marinemeutereien von 1917/18

Beratungen im Reichstagsausschuß.

Nachdem erst im Münchener Dolchstoßprozeß die Meutereien in der Kriegsmarine erhellt wurden und dort eine wichtige Rolle gespielt haben, sind dieselben Vorgänge abermals in den Mittelpunkt eingehender Erörterungen gerückt. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages, der die

Ursachen des Zusammenbruchs von 1918

erforschen soll, behandelte wiederum die Unruhen in der Marine, die den ersten Anstoß zur Revolution von 1918 gegeben haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann verbreitete sich über die Unruhen und ihre Ursachen in einem Referat, das mehrere Stunden in Anspruch nahm. Er stellte zunächst aus den Akten des Reichsmarineamts fest, daß seit Kriegsausbruch bis Ende 1917 auf den Schiffen der Marine folgende Strafen verhängt wurden: 180 Jahre und fünf Wochen Gefängnis, 181 Jahre und ein Monat Zuchthaus und 10 Todesurteile, von denen zwei vollstreckt worden sind. Als

Ursache der Erbitterung der Mannschaften

bezeichnete er den großen Unterschied zwischen der Beköstigung der Mannschaften und der der Offiziere auf den Schiffen im Kohlrübenwinter 1916/17. Die Mannschaft sei davon überzeugt gewesen, daß die für sie bestimmten Lebensmittel zum großen Teil in die Offiziersmessen gewandert seien, wo die Offiziere trotz der Not der Zeit große Schlemmereien und Zechgelage abgehalten hätten. Als dann auf mehreren Schiffen die Mannschaften demonstrativ mehrere Stunden lang dem Dienst fernblieben, habe man als Ursache dieser Insubordination Ver-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF